

5. November 2018

Ministerium setzt weiterhin auf die Gewinnung pensionierter Lehrkräfte und auf das Hinausschieben des Ruhestandes

Um den nach wie vor bestehenden Lehrermangel auszugleichen, möchte das Schulministerium die Maßnahme „Aussetzung der Hinzuverdienstgrenze für pensionierte Lehrkräfte“ über den 31.12.2019 hinaus verlängert sehen. Notwendig hierfür wäre eine Änderung des Landesbeamtengesetzes.

Weiterhin hofft das Ministerium darauf, dass ein Teil der bestehenden Bedarfe durch solche Lehrkräfte abgedeckt werden kann, die bereit sind ihre Dienstzeit zu verlängern. Sofern zum Zeitpunkt der planmäßigen Zuruhesetzung der Höchstruhegehaltssatz bereits erreicht ist, erhalten die Betroffenen 10 Prozent des monatlichen Grundgehalts als Zuschlag. Diejenigen, die den Höchstruhegehaltssatz noch nicht erreicht haben, können ihre Versorgungsansprüche (bei Vollbeschäftigung) um jährlich 1,8 Prozent erhöhen.

„Dringend gesucht: Berufsschullehrer“

Unser Bundesverband BvLB fordert nach der Studie der Bertelsmann-Stiftung erneut mehr Anstrengungen zur Deckung des Lehrkräftebedarfs an berufsbildenden Schulen. Die berufliche Bildung genießt einen ausgezeichneten Ruf und bietet einerseits den jungen Menschen eine gute Beschäftigungsperspektive und garantiert andererseits den Unternehmen die dringend benötigten Fachkräfte. An den beruflichen Schulen werden zurzeit rund 2,5 Millionen Schülerinnen und Schüler von rund 125.000 Lehrkräften unterrichtet. Doch schon seit einigen Jahren wird es schwerer, den Bedarf an beruflichen Lehrkräften zu decken.

Es fehlen grundständig qualifizierte Lehrkräfte. Zunehmend werden Seiteneinsteiger - „on the Job“ nachqualifiziert - eingestellt. Was ursprünglich als Notlösung gedacht war, ist mittlerweile gängige Praxis in vielen Bereichen.

Wir müssen mehr berufliche Lehrkräfte ausbilden, die Studierendenzahlen müssen deutlich gesteigert werden und es müssen wieder mehr Studienstandorte für die Lehrämter an beruflichen Schulen geschaffen werden. Mehr unter www.bvlb.de.

Jens Pätzold
Stellv. Vorsitzender

Christiane Lechtermann
Ausschussvorsitz Dienst- und Tarifrecht